

Newsletter – Ausgabe Nr. 2

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und liebe Leser,

die Verbandsversammlung des RVR, das ‚Ruhrparlament‘, hat im Dezember 2020 beschlossen, für die Dauer der bestehenden landesweiten pandemischen Lage die Beschlussfassung auf den Verbandsausschuss zu übertragen. Die vorge-sehene Sitzung der Verbandsversammlung am 19. März 2021 ist deshalb entfallen. Stattdessen fand am 8. März 2021 eine Verbandsausschusssitzung statt.

Um mehr Transparenz in das Verfahren zur Besetzung der Stelle der Geschäftsführung der Business Metropole Ruhr GmbH (BMR) zu bringen, haben wir einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Außerdem haben wir die Veröffentlichung von Tondokumenten der Verbandsversammlung beantragt. Wie die Abstimmungen zu unseren Anträgen gelaufen sind, erfahrt ihr u.a. in dieser Ausgabe.

Wolfgang Freye, Eleonore Lubitz, Fatma Karacakurtoglu und Olaf Jung und die weiteren acht Mitglieder der Fraktion

Wichtiges aus der 1. Sitzung des Verbandsausschusses

SPD und CDU verhindern Abstimmung über Dringlichkeitsantrag

Das Besetzungsverfahren für die Stelle des/der Geschäftsführers/in der BMR läuft bereits hinter den geschlossenen Türen einer Findungskommission des Aufsichtsrates. Nach dem derzeitigen Stand können der Verbandsausschuss und der Aufsichtsrat den Vorschlag der Kommission nur noch „abnicken“. Dabei ist gesetzlich geregelt, dass der Verbandsausschuss über das Stimmverhalten des Verbandes bei der Bestellung und Abberufung von Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern entscheidet.

Die Fraktion DIE LINKE im RVR hat deshalb beantragt, dass der Verbandsausschuss vor einer Entscheidung zur Besetzung der Stelle umfassende Informationen zum Auswahlverfahren und zu den Entscheidungen der Findungskommission erhält. Die Fraktionen sollen die Möglichkeit haben, Kandidatinnen und Kandidaten zu einem Gespräch in den Verbandsausschuss oder die Fraktionen einzuladen.

Die Fraktionen von CDU, SPD und AfD haben jedoch gegen die Aufnahme des Antrages in die Tagesordnung gestimmt und damit sogar die Diskussion darüber verhindert. Transparenz geht anders!

Projekte der Städtebauförderung 2021 auf den Weg gebracht

Neben dem Beschluss über die Vorschläge der Region zum Förderprogramm des Landes zum „Kommunalen Straßenausbau 2021“ hat der Verbandsausschuss einstimmig den Projekten zur Städtebauförderung zugestimmt. Rund 123 Millionen Euro sollen in die vorgeschlagenen 62 Maßnahmen fließen. Die endgültige Entscheidung trifft die Landesregierung.

Arbeitskreise für fachlichen Austausch halten CDU und SPD zumeist für überflüssig, es sei denn...

Über die Einrichtung und Besetzung gleich mehrere interfraktioneller Beratungsgremien sollte abgestimmt werden. Dies verhinderte die Koalition von SPD und CDU. Ein fachpolitischer intensiver Austausch zu einzelnen Themen scheint den Koalitionären ein Dorn im Auge zu sein. Da positionieren sie sich selbst gegen die eigenen Fachpolitiker in den Fraktionen, stellen sich gegen einstimmige Beschlüsse der alten Verbandsversammlung. Argumente ihrerseits u.a.: man wolle die Arbeit straffen.

Zu Beginn der Diskussion zur Fortführung des Arbeitskreises Kultur/Vielfalt und des Arbeitskreises Sport, die bereits seit zwei Legislaturen bestehenden, schien es fast so als ob CDU und SPD beide Arbeitskreise ablehnen wollte. Dabei stehen wichtige Entscheidungen an: wie die Verlängerung der Nachhaltigkeitsvereinbarung Kulturhauptstadt 2010 mit dem Land.

In den Arbeitskreisen sollte eine offene Diskussion zur strategische Ausrichtung erfolgen, bevor die Gespräche mit dem Land dazu geführt werden. Ergebnis der Debatte: Die Koalition von CDU und SPD hat die Bildung nur eines Arbeitskreises zugestimmt, der im Einzelfall besetzt wird. Dieser soll Themen der Kultur und des Sports gleichermaßen bearbeiten. Was der Arbeitskreis dann noch für einen Sinn neben dem Kultur- und Sportausschuss als Ganzes hat, ist nicht klar.

Die erneute Einrichtung einer Planungskommission zur Behandlung der Stellungnahmen zum Sachlichen Teilplan Regionale Kooperationsstandorte haben SPD und CDU ebenfalls verhindert. Der Antrag der FDP-Fraktion geht auf einen Vorschlag unserer Fraktion und einen Beschluss der letzten Verbandsversammlung vom Oktober 2019 zurück. Auch der Vorsitzende des Planungsausschusses, OB Bernd Tischler (SPD), hat sich dafür ausgesprochen. Die eingegangenen 1000 Stellungnahmen zum Sachlichen Teilplan Regionale Kooperationsstandorte machen deutlich, dass es mehr Widersprüche gibt, als angenommen. Die Argumente der Kommunen und der Bürger*innen gilt es bereits im Vorfeld des Aufstellungsbeschlusses fachlich wie politisch zu diskutieren und abzuwägen. Kompromisse gilt es auszuloten. DIE LINKE ist für einen Regionalplan und Sachlichen Teilplan Regionale Kooperationsstandorte, der keine Klagewelle von Kommunen oder Initiativen heraufbeschwört. Nun besteht noch die Möglichkeit die Diskussion in einer Sondersitzung des Planungsausschusses zu führen.

Bei der Vorstellung der Machbarkeitsstudie zur Sanierung des Verbandsgebäudes Gutenbergstraße erschallte auf einmal seitens der SPD und CDU der Ruf nach der Bildung einer Arbeitsgruppe zur Beratung des Umbaus des Gebäudes und zur Anmietung weiterer Büroräume. Da beide Vorlagen erst kurz vor der Sitzung eingestellt wurden, und keine Beratung in den Fraktionen erfolgen konnte, haben wir Beratungsbedarf angemeldet. Die Arbeitsgruppe wird natürlich gebildet.

Veröffentlichung von Tondokumenten der Verbandsversammlung

Unser Antrag zur sofortigen Veröffentlichung aller Tondokumente der aktuellen Verbandsversammlung als erster Schritt für mehr Informationsmöglichkeiten seitens der Bürger*innen ist zusammen mit einem Antrag der Grünen-Fraktion zur Einführung eines Ruhrparlaments-TV auf Antrag der SPD-Fraktion in die nächste Sitzung geschoben wurden. Die Verwaltung hat dazu bereits in einer umfangreichen Vorlage aufgezeigt, dass die Umsetzung unseres Antrages zeitnah möglich wäre. So bleibt zumindest die Hoffnung, dass SPD und CDU ihre seit Jahren bestehende Blockadehaltung dazu überwinden.

Regionales Mobilitätsentwicklungskonzept

Alle eingegangenen Stellungnahmen zum Entwurf des Regionalen Mobilitätsentwicklungskonzeptes sind ausgewertet, die Endfassung ist in der Erarbeitung. Nun gilt es schnell am Umsetzungskonzept der 23 Modellprojekte zu arbeiten, die seitens der Kommunen und der Politik als besonders wichtig angesehen werden. Dazu gehört die Erarbeitung eines einheitlichen Nahverkehrsplan für die Region, eine linke Forderung, die damit endlich umgesetzt wird.

Pressemitteilungen

Emscherbruch: Konsens-Lösung nicht gefährden!

21.01.2021

DIE LINKE im RVR will Auskunft über den tatsächlichen Bedarf an Deponien in der Region

Auch die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) kritisiert die Rodungen der Abfallgesellschaft Ruhr (AGR) auf der Deponie Emscherbruch zwischen Gelsenkirchen und Herne deutlich. In der nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses des RVR, der auch für die Beteiligungen des RVR zuständig ist, will sie Auskunft, ab wann tatsächlich welche zusätzlichen Deponiekapazitäten in NRW gebraucht werden. Darüber hinaus erwartet sie eine Erklärung der AGR zum aktuellen Vorgehen. Die AGR ist eine 100 %ige Tochter des RVR.

„Wir halten die Absicht, ehemalige Bergbau-Halden als Deponie zu nutzen, grundsätzlich für eine gute Idee, weil sie am flächenschonendsten ist,“ so Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR. „Wir halten es jedoch für völlig überflüssig, noch vor einer endgültigen Entscheidung über die Erweiterung der Deponie Emscherbruch Fakten zu schaffen und Bäume zu fällen, die dort in den letzten Jahren gewachsen sind. Es ist doch klar, dass ein solches Vorgehen weitere Kritik an der AGR hervorruft, zumal die Kritik am Ausbau der Deponie in Gelsenkirchen und Herne ja breit getragen und auch von den kommunalen Gremien abgelehnt wird. Ich befürchte, dass ein solches ruppiges Vorgehen nur dazu führt, dass eine langwierige rechtliche Auseinandersetzung zu erwarten ist. Die AGR sollte sich nicht jeden Weg für eine Konsens-Lösung oder zumindest eine gewisse Akzeptanz vor Ort verscherzen.“

Es gibt unterschiedliche Aussagen zu den Bedarfen an Deponieflächen. Die Initiative gegen die Deponie auf Emscherbruch geht davon aus, dass der Bedarf in den nächsten Jahren gar nicht vorhanden ist. Die Landesregierung geht in ihrem Bedarfsplan von 2014 davon aus, dass die Kapazitäten für Müll der Deponieklassen I bei gleichbleibenden Mengen

noch bis 2024 reichen, wenn man ganz NRW betrachtet. Für die Deponieklassen II reichen sie noch bis 2025 und darüber hinaus, für Deponieklasse III bis etwa 2033. Insofern gibt es in jedem Fall keinen Grund zur Hektik. Im Übrigen sucht die AGR tatsächlich zurzeit an verschiedenen Stellen zusätzliche Deponiekapazitäten, neben Emscherbruch auf der Halde Brinkfortsheide Erweiterung in Marl und Lohmannsheide in Duisburg-Baerl bzw. Moers.

„Wir wollen, dass in der nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses von der Verwaltung noch einmal Licht in die Planungszahlen gebracht wird,“ so Wolfgang Freye weiter. „Außerdem ist es sicherlich sinnvoll, sich zu entscheiden, welchen Standort man wirklich braucht, statt an verschiedenen Stellen Auseinandersetzungen zu führen und Ärger auf sich zu laden. Der RVR und auch die AGR sind Partner der Kommunen, und nicht Gegner. Das muss immer deutlich werden.“

Olympiabewerbung: Kein „Schrecken ohne Ende ...“

26.02.2021

DIE LINKE im RVR hält Infrastrukturverbesserung in der Region für eine Alltagsaufgabe

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) hält es für sinnvoll, nach der Vorentscheidung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) für Brisbane als Austragungsort der Olympischen Spiele 2032 einen Schlussstrich unter die Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region zu ziehen. DIE LINKE im RVR hat die Bewerbung von Anfang an kritisch gesehen und ist für eine frühzeitige Bürgerbeteiligung eingetreten, bevor „Pflöcke“ gesetzt werden.

„Die überraschende Vorentscheidung des IOC zeigt, wie schwierig und unberechenbar die Zusammenarbeit mit dem IOC ist,“ so Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR. „Es folgt seinen eigenen Gesetzen und ist angesichts weltweit immer mehr zunehmender Kritik an den Olympischen Spielen in der heutigen Form offensichtlich bereit, Transparenz bei der Entscheidungsfindung weiter aufzugeben. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass auch der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) weder die Frage der Zustimmung für Einwohner*innen an Rhein und Ruhr noch die Finanzierung für geklärt hält. Auf diese Fragen haben auch wir immer wieder hingewiesen und eine frühzeitige Bürger*innenbeteiligung gefordert, zum Beispiel mit Ratsbürgerentscheiden zur Kommunalwahl im letzten Jahr. Die Mehrheit im RVR, die Oberbürgermeister 14 Städte und Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) haben gedacht, dafür wäre noch viel Zeit und haben sich offensichtlich geirrt.

Wir sind entschieden dafür, die Bewerbung nun nicht weiter zu verfolgen, sondern den Bewerbungsprozess für 2032 zu beenden. Lieber ein ‚Ende mit Schrecken‘, als ein ‚Schrecken ohne Ende‘! Die dringend nötige Verbesserung der Infrastruktur, gerade bei dem im Ruhrgebiet schlecht aufgestellten Öffentlichen Nahverkehr, muss sich aus unserer Sicht an den Alltagsaufgaben organisieren und nicht an Leuchtturmprojekten wie Olympia. Die Verbesserung des Nahverkehrs durch Olympia mag 1972 in München geklappt haben, ist aber heute nicht mehr zeitgemäß. Dies gilt umso mehr, als die letzten Olympiaden für die Öffentliche Hand ‚Minusgeschäfte‘ waren.“

Alle vollständigen Pressemitteilungen und weitere Informationen sind unter [DIE LINKE. im RVR](#) zu finden.

**DIE LINKE im Regionalverband RUHR (RVR) jetzt auch bei Facebook:
@DieLinke.RVR**

Hinweis zum Abonnement des Newsletters der Fraktion DIE LINKE im RVR:

Wenn Sie das Abonnement beenden möchten, senden Sie bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an die dielinke@rvr-online.de.

Impressum:

DIE LINKE im RVR, Kronprinzenstraße 35; 45128 Essen

V.i.S.d.P. Heike Kretschmer

Telefon: (0201) 2069-325

E-Mail: dielinke@rvr.ruhr

Internet: www.dielinke-rvr.de